

gebracht werden und hege diesen Wunsch noch heut. Allein schon damals fand man den jetzt wieder angeregten Gegenstand mit der Frage über den Actienverein nicht so conner, um einen besondern Antrag darauf zu stellen. Er qualificirt sich auch, um seiner Wichtigkeit nach berathen werden zu können, entweder zu einem bestimmten darauf gerichteten und gehörig motivirten Antrage, oder zu näherer Erörterung bei der Debatte über das Budget. Beides liegt jetzt nicht, sondern ein Antrag wegen Veredelung der Stammschäferei vor und ich frage, ob es hierher passe, eine Verhandlung über Unterstützung des Gewerbes, ohne Vorlage und Veranlassung wieder anzuspinnen? Gewiß, auf diese Weise könnte man noch weit heterogenere Dinge zur Discussion bringen. Der Hauptgegenstand scheint erledigt zu sein, und die Winke und Vorschläge, welche in der einsichtsvollen Zusammenstellung von dem Hrn. Referenten gegeben worden sind, und selbst der Nichtökonomien wohlgemeinte Absicht nicht verkennen lassen, werden von der hohen Staatsregierung nicht unbeachtet bleiben, denn die Angelegenheit ist für den Einzelnen, wie für das ganze Land von Bedeutung. Wiederholt aber muß ich eine angeregte Debatte über hier offenbar nicht gehörende Gegenstände für ein ungeeignetes Abweichen vom eigentlichen Thema erklären und daher meinem Antrage inhäriren. Und nun meinerseits kein Wort mehr über eine Sache, welche zur Sache, um welche es sich eigentlich handelt, nicht gehört.

Vizepräsident D. Haase: D. Wiesand hat einen Antrag zur Sprache gebracht, er wurde zur 3. Deputation verwiesen; diese mußte also Bericht erstatten, und konnte hieß nicht anders, als daß sie die Sache als empfehlenswerth betrachtete, und auch die speciellen Bemerkungen, welche der Hr. Präsident mittheilte, zur Vorlage der Kammer brachte. Der Antrag betrifft aber vorzüglich zwei Gegenstände, von denen der erste durch die Erklärung des Hrn. Staatsministers seine Erledigung gefunden, letzterer aber Sache der Privaten ist. Es foramt nun nur darauf an, ob die Kammer glaubt, es sei nöthig, der Regierung nähere Kenntniß von dieser Petition zu geben, in welcher Maße ich die Frage stellen würde.

Abg. v. Mayer: Was die Fragstellung anlangt, so muß sie auf das Deputationsgutachten gestellt werden; ich glaube aber, daß die Sache nach der von dem Hrn. Staatsminister gegebenen Versicherung erledigt sei; der Zweck ist erreicht, es liegt im Materiellen kein Antrag mehr vor; insofern aber andere specielle Vorschläge der Staatsregierung empfohlen werden sollen, könnte ich mich mit der Frage nicht vereinigen, indem jene so bedeutungsvoll und so umfassend sind, daß sie vorerst einer Debatte unterliegen müssen, was noch nicht geschehen ist.

Vizepräsident D. Haase: Auf jeden Fall mußte sich der Antrag auf specielle Vorschläge beziehen, und ich finde hier bloß

den Vorschlag in Betreff des Schafzüchter-Vereins, dieses ist Privatunternehmen, und dann einen Antrag in Betreff der Stammschäferei zu Lohmen und Stolpen; das, was aber beantragt wird, ist bereits uns zugesichert und ich bin auch der Meinung, daß sich die Sache erledige.

Präsident und Referent v. Leyßer bemerkt hierauf, daß nach den Erörterungen, welche vom Staatsminister gegeben worden seien, der Antrag des Abg. D. Wiesand, welcher die Veranlassung gegeben, und sein Bedenken sich erledigten, womit mehrere Deputationsmitglieder ihre Zustimmung geben, und fragt hierauf

der Vicepräsident die Kammer, ob nach den Erörterungen des Hrn. Staatsministers die Sache für erledigt anzusehen sey?

Dies wird einstimmig bejaht und folgt nun durch den Präsidenten der Schluß der Sitzung.

Hundert u. zwei u. zwanzigste öffentliche Sitzung der 1sten Kammer, am 21. September 1833.

Die Sitzung beginnt halb 11 Uhr, das Protocoll der letzten vorherigen wird verlesen, genehmigt und durch die Mitglieder v. Lüttichau und v. Einsiedel mit vollzogen.

Auf der Registrande sind neu eingegangen:

1) Bericht der 1. Deputation, den Plan zur Errichtung der Kreisdirectionen betreffend; zum Druck zu befördern und auf die Tagesordnung zu bringen. 2) Protocolle der 2ten Kammer vom 9., 14., 16. und 17. September, den Anschluß an ein größeres Zollsystem betreffend.

Man will anfangs diesen Gegenstand nach dem Beispiele der 2ten Kammer der 1. und 2. Deputation gemeinschaftlich zur Begutachtung übergeben; mehrere Mitglieder hingegen halten dazu eine Deputation für hinreichend, weshalb sich der Präsident zu der Frage veranlaßt sieht: Soll der Gegenstand beiden Deputationen zur gemeinschaftlichen Berathung übergeben werden? Da dieß mit 21 Stimmen gegen 10 verneint wird, sonach der 2. Deputation die Begutachtung allein zufällt, beantragt Bürgermeister Reich-Eisenstuck, daß man der 2ten Deputation doch wenigstens bei der Wichtigkeit des Gegenstandes die bei derselben ernannt gewesenen Substituten beigegeben möge. Dieß findet mehrseitigen Beifall, und der Präsident stellt auch hierauf eine Frage, sie lautet: Sollen an den Deputationsverhandlungen wegen des Zollanschlusses auch die für die 2. Deputation ernannt gewesenen Substituten mit gleichem Stimmrechte Antheil nehmen? Dieß wird einstimmig bejaht.

(Beschluß folgt.)